

Raubkunst: Konferenz in Prag fordert Rückgabe jüdischen Besitzes

‘Erklärung von Terezin (Theresienstadt)’ knüpft an die ‘Washingtoner Erklärung’ von 1998 Prag (APA/dpa) - Mehr als 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sollen sämtliche von den Nazis aus jüdischem Besitz geraubten Kunstwerke und Immobilien an ihre rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden. Dazu hat eine internationale Konferenz am Montag in Prag aufgerufen. Sie forderte außerdem von allen Regierungen, die soziale Lage der Holocaust-Überlebenden zu verbessern.

Zum Abschluss der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft einigten sich die 46 Teilnehmerländer auf die "Erklärung von Terezin (Theresienstadt)". Darin wird eine Rückgabe oder Entschädigung für geraubtes jüdisches Eigentum in einer "fairen, umfassenden und diskriminierungsfreien Weise" gefordert. Die Rückgabe solle "schnell, einfach, verständlich, transparent und weder mühsam noch kostspielig für den einzelnen Anspruchsteller" vollzogen werden, heißt es weiter. Die Erklärung ist allerdings nicht bindend.

Der Leiter der US-Delegation, Stuart Eizenstadt, kritisierte, dass die Länder Ostmitteleuropas keine angemessenen und diskriminierungsfreien Gesetze über die Rückgabe privaten Eigentums hätten. Kritisiert wurden in diesem Zusammenhang besonders Polen und Litauen. Georg Heuberger, Vertreter der Jewish Claims Conference in Deutschland, lobte dagegen die Deklaration als Schritt nach vorn. Sie sei eine "wichtige Chance", noch zu Lebzeiten der ehemals von den Nazis Verfolgten "verstärkt darauf hin zu wirken, dass die geraubten Gegenstände zurückgegeben werden", sagte er im Deutschlandradio Kultur. Heuberger forderte, dass es künftig beim Umgang mit der Raubkunst in jedem Land "geordnete Verfahren" geben müsse.

Gastgeberland Tschechien stimmte bei der Konferenz zu, in dem nördlich von Prag gelegenen und durch das frühere Konzentrationslager Theresienstadt bekanntgewordenen Ort Terezin ein Institut einzurichten. Dieses soll bis 30. Juni 2010 Leitsätze für die Rückgabe von Immobilien ausarbeiten. Die Terezin-Erklärung knüpft auch an die "Washingtoner Erklärung" von 1998 an, in der sich 44 Staaten auf Grundlagen zur Rückgabe von unrechtmäßig erbeuteten Kunstwerken geeinigt hatten.

Als Folge jener Empfehlungen waren zwar Hunderte von Kunstwerken ihren ursprünglichen Eigentümern oder deren Erben zurückgegeben worden. Viele, die einen Anspruch erhoben, betrachten aber die damaligen Vereinbarungen als gescheitert, weil sie immer noch in vielen Ländern auf gesetzliche oder verfahrenstechnische Hürden stoßen. Eizenstadt sagte, dass die Konferenzteilnehmer Russland und Deutschland immer noch viele Kunstwerke nicht zurückgegeben hätten.

Die Prager Konferenz forderte außerdem den uneingeschränkten Zugang zu Archiven, damit Forscher die Herkunft von Raubkunst klären könnten. Die Teilnehmer appellierten außerdem an die Regierungen, sich um das Wohlergehen, der Holocaust-Überlebenden zu kümmern. "Es ist unerträglich, dass diejenigen die im früheren Teil ihres Lebens so schwer litten nun am Ende in Armut leben müssen", hieß es in der Erklärung.